



Presseinformation

Nr. 255/2008

Kiel, Donnerstag, 11. September 2008

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Wirtschaft/ Arbeit/ Ausbildung

Heiner Garg: Die bildungspolitischen Rahmenbedingungen sind eine Katastrophe!

In seinem Redebeitrag zu **TOP 33 (Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein)** sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Im Jahr 2006 stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit um 4,7 Prozent, 2007 um 8,6 Prozent und in diesem Jahr registrierten allein die Industrie- und Handelskammern bis Ende Juni 2008 gegenüber Juni 2007 einen weiteren Zuwachs um 7,1 Prozent. Der konjunkturelle Aufschwung der vergangenen drei Jahre schlägt sich also auch auf dem Ausbildungsmarkt sehr positiv wieder. Schleswig-Holstein lag im Jahr 2007 mit einem Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 7,7% zwar deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings ist das trotzdem der höchste Anstieg seit 1992. Und der Trend für 2008 zeigt in dieselbe Richtung. Dafür ist den vielen Unternehmen – insbesondere den vielen Mittelständlern – zu danken. Sie erfüllen eine bemerkenswerte soziale Verantwortung. Und es zeigt zugleich, dass die Wirtschaft so stark wie lange nicht mehr auf den eigenen Nachwuchs setzt, um die Zukunft der Betriebe zu sichern. Denn gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist die Ausbildung das beste und nachhaltigste Instrument zur Unternehmenssicherung. Doch bekommen die ausbildungswilligen Unternehmen in Schleswig-Holstein immer mehr Schwierigkeiten. Denn die Anzahl der Ausbildungsplätze, die unbesetzt bleiben müssen, steigt seit Jahren an. Waren im Gesamtjahr 2004 noch 504 Stellen unbesetzt, so waren es im Gesamtjahr 2007 schon 785. Das entspricht einer Steigerung von über 50 Prozent.

Besonders auffallend ist, dass in den nicht-handwerklichen Ausbildungsberufen bei weitem nicht genügend Bewerber gefunden werden. Dramatisch ist diese Tendenz bei den Bankfachleuten, bei den Versicherungsfachleuten, bei den Verkäufern im Nahrungsmittelgewerbe und bei den Restaurantfachleuten. Die Betriebe haben einen doppelt bis dreimal so hohen Bedarf an Auszubildenden, als es Bewerber gibt.

Christian Albrecht, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Immer mehr Betrieben gelingt es mittlerweile nicht mehr, geeignete Auszubildende zu finden. Einzelne zweifeln sogar schon daran, überhaupt neue Lehrlinge einstellen zu können. Und die Begründung bei den Unternehmen ist fast immer die Gleiche: Es werden nicht ausreichend qualifizierte Bewerber gefunden, die die gestellten Anforderungen erfüllen. Die schulischen Leistungen der Jugendlichen, insbesondere an den Haupt- und Realschulen sind zum großen Teil dramatisch schlecht.

Wir haben hier ein gravierendes Problem. Eine gute Schulbildung ist der wichtigste Schlüssel zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze. Doch die SPD-Bildungspolitik der vergangenen 20 Jahre hat kläglich versagt. Die SPD-Bildungspolitik hat es nicht geschafft, die Schülerinnen und Schüler ausbildungsfähig zu machen. Das ist ein Skandal.

Aber genau hier liegt der Schlüssel zum Erfolg. Es nützt nichts, mit zahlreichen Projekten an den Symptomen herumzudoktern, wenn man die Ursachen nicht bekämpft. Es nützen keine Forderungen von SPD und Gewerkschaften nach Ausbildungsplatzabgaben. Es nützt kein Ausbildungsbonus von Bundesarbeitsminister Scholz. Denn was hat ein Arbeitgeber von 6000 Euro staatlicher Förderung, wenn er einen Lehrling einstellt, der nicht in der Lage ist, einfachste Rechenoperationen durchzuführen oder der deutschen Sprache nicht mächtig ist? Und auch die Nachqualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, die die Beitragszahler im Übrigen allein im Jahr 2007 349 Mio. Euro gekostet haben, können die Defizite nicht ausgleichen. Hätte man die 349 Mio. Euro an die Schulen gegeben, wären sie sicherlich besser investiert.

Aber genauso erschreckend wie die mangelnde schulische Qualifikation, ist die Tatsache, dass es den Jugendlichen oftmals auch an sozialen Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Zielstrebigkeit und Leistungsbereitschaft fehlt. Auch das ist eine direkte Konsequenz der Schulpolitik. Wenn im derzeitigen sozialdemokratischen Bildungssystem Zielstrebigkeit und Leistungsbereitschaft eher bestraft als belohnt werden und wenn Gleichmacherei wichtiger ist als individuelle Förderung, dann dürfen sich Sozialdemokraten über die derzeitige Situation auch nicht beschweren.

Diese Politik ist schlecht für die Jugendlichen und schlecht für die Unternehmen. Dabei muss es unser Ziel sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir diesen jungen Menschen eine Perspektive ermöglichen, am Berufsleben teilzuhaben. Denn in unserer Gesellschaft wird nicht nur der materielle Wohlstand durch den Erfolg in der Erwerbsarbeit bestimmt, sondern auch Selbstwertgefühl und Anerkennung durch andere. Und eine solide Berufsausbildung ist für die meisten Menschen einer der entscheidenden Schritte auf dem Weg in ein erfolgreiches Berufsleben. Und diese Chance müssen wir den jungen Menschen geben“, so Garg abschließend.